

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlagsamt: Gieb. Amhof, Dresden
und Köhlerische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnement: einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen
"Nach der Arbeit" und "Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M.
Eingelassen 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareillezeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgebote
40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Pf.

Nr. 38

Dresden, Montag den 15. Februar 1926

37. Jahrg.

Quertreibereien der SPD.

Kampf gegen Fürsten? Nein: nur Witzgildefang!

H. F. Am Sonnabend veröffentlichte die Berliner Note Fahne, Zentralorgan der SPD, in sensationeller, reißerischer Form einen langen Artikel, der aus größtenteils Verdächtigungen und Unterstellungen der Sozialdemokratie zusammengesetzt ist. In seltenen Zeilen, aber die ganze Seite reichenden Zeilen und in künstlich aufgereizter Sprache wird da verkündigt, wie die Sozialdemokratische Partei der Reichsentscheid zugunsten eines im Reichstage zustande kommenden Gesetzes ausgeben möchte. Es solle ein Gesetzesentwurf „von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei angenommen“ und „aus Hause einer Einigung“ der Reichsentscheid nicht weiter unterzogen werden. Inste Partei gehe mit dem schwarzen Plane an, die Arbeiter zu übercrampeln. Es habe sich eine „Landesberg-Gruppe“ gebildet, die das erhabene Ziel „eines Kompromisses mit den Bürgerlichen“ erstrebe, das „den Fiskus ihren Willkürtausch herabzusetzen“. — Die Sprache und die Demagogie dieses Artikels von der Seite überreichen uns zwar nicht sonderlich, wenn man die Ansichten, die damit verbunden sind, in Betracht zieht. Die Notiz nämlich, auch mit den unläutersten Mitteln der Sozialdemokratischen Partei die Witzgilde abzutreiben, Verwirrung statt der Einheit unter der Arbeiterklasse herbeizuführen und eine Lage zu schaffen, in der die Drahtzieher der SPD im trübsten Fischen könnten. Da die Provinzpresse der SPD sicher diese Märschen in gleicher Weise weiter propagieren wird und auch die bürgerliche Presse bereits mit einem gewissen Behagen auf die Geschichte einschaut (siehe Artikel des Dresdner Anzeigers in der Sonntag-Nummer!), erscheint es angebracht, den Sachverhalt klarzustellen. Um so mehr, als die einzige Unterlage des Geschreibfelds der Note Fahne eine beiläufige — nach unserer Meinung allerdings desplacierte — Bemerkung des Senofen Landberg, Mitgliedes des Reichsausschusses des Reichstages, bildet.

Von vornherein sei bemerkt, daß die Behauptung, die Sozialdemokratische Partei wolle eventuell den Reichsentscheid aufheben, unzutreffend ist. Wie liegen die Dinge? Es laufen zwei Prozesse nebeneinander. Ein Vorgang, an dem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht ändern kann. Die bürgerlichen Parteien haben bekanntlich den demokratischen Antrag noch beiseite gelassen und einen längeren Gesetzesentwurf zur Unterlage für die weiteren Beratungen, das sogenannte Kompromiß, genommen. Es handelt sich also um ein Kompromiß bürgerlicher Parteien untereinander, die sozialdemokratische Fraktion ist an diesem Zustandekommen völlig uneteiligt. Nachdem aber um der Kompromiß-Antrag vorliegt, entfällt für uns die Frage, ob wir an seiner weiteren Gestaltung mitarbeiten sollen — wie kann und in welcher Weise gegenüber dem Antrag noch entschieden werden — oder erklären wollen, diese ganze Sache geht uns nichts an. In solche Lage kommt eine Oppositionspartei im Parlament vornehmlich. In der Regel entscheidet sie sich dann für Mitarbeit, um die Verwirklichung eines Gesetzes noch Möglichkeit zu beeinflussen. Da in je auch die kommunistische Partei. Unsere Fraktion hat sich in vorliegenden Falle dazu entschlossen, ihre Haltung zum Reichsentscheid wird dadurch absolut nicht verändert. Wir sind in einem, theoretisch denkbaren, in Wirklichkeit jedoch ganz aus dem Rahmen fallenden Falle der Reichsentscheid zu inkubieren: wenn sich im Reichstage eine Mehrheit für ein Gesetz fände, das in seinen grundlegenden und sonst wichtigen Punkten genau das selbe wäre, was durch das Reichsentscheid-Gesetz herbeigeführt werden soll. Dann natürlich, aber auch nur dann, wäre der Reichsentscheid aufgehoben. Dieser Fall tritt jedoch nicht ein. Also kann die Sozialdemokratie, das ist der Standpunkt, der maßgebend ist, das selbige Gesetz, in dem einzelnen anderen Punkten, die mit uns eine große politische Aktion durchzuführen sind, die Dinge geradezu auf den Kopf stellt, um den Kampfgenossen in Reichstage zu bringen. Das schädigt und schwächt die SPD, um die es sich hier handelt. Es bringt Unlust und Unbehagen in den Kampf, den Nutzen hat der Gegner.

Man könnte vielleicht sagen — deswegen jedoch nicht einmal die Sozialdemokraten! —, da der Reichsentscheid im Rollen ist, geht und geht weiterwandelnde Gesetzesmacher im Reichstage gar nichts an. Demgegenüber sei in aller Ruhe und Überzeugung auf das Gesetz hingewiesen. Machen die Bürgerlichen allein das Fiskusgesetz, dann wird es von rechts, helfen die Linksparteien daran, dann wird es von ihnen beeinflusst, also entweder schlechter oder besser sein. Ein solches Gesetz, wie es auch aussieht, ist hinfällig, wenn der Reichsentscheid dieses Gesetz schafft. Wir wollen uns nicht darauf besinnen, daß dieser Fall eintritt! Wie aber, wenn der Reichsentscheid nicht gelingt? Dann tritt das Gesetz in Kraft, das der Reichstagsvorher bestellte — entweder das bessere oder das schlechtere. Wäre es dann nicht immerhin besser, wenn das bessere Gesetz zur Verfügung steht? Die Antwort ist das von selbst gegeben. So ist die Haltung der Sozialdemokratie im Reichstage sehr einfach zu verstehen. Schließlich haben alle die Erörterungen deshalb nur einen mehr akademischen Wert, wenn sie für unsere Verbesserungsvorschläge im Reichsausschusse kaum Beachtung finden wird. Denn darüber sind sich unsere Genossen wohl klar und einig, daß wesentliche Verbesserungen an dem Kompromiß vorgenommen werden müssen, wenn wir zustimmen wollen. Jedenfalls besitzt die sozialdemokratische Fraktion in der Reichstags-Sitzung die nötige Handlungsfreiheit. Sie ist selbst dann nicht an eine Zustimmung zu dem Gesetz gebunden, wenn in der Einzelberatung von der ausübenden Verbesserungsvorschläge angenommen sein können. Und solche Fälle kommen öfter vor.

Daß der Kompromiß-Entwurf öffentlich bekannt wurde, ist die sozialdemokratische Standpunkt nicht sofort dazugelegt werden. Er war und ist ablehnend, wenn man starke Veränderungen durch-

zuführen sind. — Unser Standpunkt ist also klar und eindeutig: Reichsentscheid unter allen Umständen! Ganz gleich, wie die Gesetzgebung im Reichstage ausfällt. — Die bürgerlichen Schichten in Berlin, die die Provinzpresse mit Nachrichten versorgen, konstatieren nun alles mögliche aus den Spalten der Note Fahne. Man merkt dabei recht deutlich, wie da der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Und die Kommunisten mühten sich eigentlich auch wegzuziehen, wessen Geschäfte sie mit ihrem blindwütigen Schwärmen der Sozialdemokratie gegenüber besorgen. Die bürgerlichen Parteien fürchten die Möglichkeit der Bildung einer proletarischen Einheitsfront. Und sie sind besorgt, daß der gemeinsame Kampf im Reichsentscheid den Anfang zu dauernder Annäherung bringen könnte. So wird in einem sonst sehr entschiedenen Artikel gegen die Haltung der Fürsten bedauert, daß sich die republikanischen Parteien nicht gereinigt hätten. „Zum ersten Male seit der Staatsumwälzung stehen wir in einer lebenswichtigen Frage unseres künftigen Lebens einer proletarischen Einheitsfront gegenüber.“ Man erkennt also die Lage in den Reihen der Bürgerlichen sehr wohl. Und man fürchtet, daß die „Gemeinschaft in schweren Kämpfen die Kampfgenossen sehr leicht über den ursprünglichen Anlaß hinaus zusammenfassen“. Dazu sagt jener Artikel:

„Daß eine solche politische Situation nicht im Interesse einer gesunden Entwicklung unseres öffentlichen Lebens liegt, ist klar.“
Aus solchen und ähnlichen Neußerungen mag die Arbeiterschaft, besonders die kommunistische, erkennen, wie unzulässig und schädlich die Äußerung ist, die von der Presse der SPD gegenüber der Sozialdemokratie beliebt wird.

Volksbegehren am 4. bis 17. März

Die ganze Agitation der Kommunisten zur Fürstenabfindung zeigt, daß es ihnen weniger auf die Sache als auf die Partei ankommt. Sie fühlen sich als die berufenen Vertreter der Volksinteressen und haben in Wirklichkeit doch kein

anderes Ziel im Auge, als die Reihen ihrer Partei zu füllen. Die Reklame für sich selbst ist ihnen alles.

Aus diesem Bedürfnis heraus hat die kommunistische Parteizentrale am Sonnabend bei dem Reichsminister des Innern vorgeschrieben, um nähere Einzelheiten über den Termin des Volksbegehrens zu erfahren. An sich eine Selbstverständlichkeit, aus der die Kommunisten natürlich ebenfalls wieder ein großes Geschäft machen, um sich als die wahren Vertreter gegen die unverschämten Forderungen der Fürsten aufzuspielen. Die Sozialdemokratie ist nicht von diesem kleingeldigen rellomelüchtigen Geiste befreit. Wenn es ihr auch mehr auf die Parteitagitation als die Sache ankommt, dann hätte sich wiederholt Gelegenheit geboten, in diesem Sinne nach außen aufzutreten. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat, noch bevor die Kommunisten überhaupt davon dachten, bei der Reichsregierung zur schnellen Einleitung des Volksbegehrens Vorstellungen erhoben, und erst am Sonnabend vormittag, bevor die Kommunisten glaubten, ihre Parteigruppe locken zu müssen, nahm der Parteivorstand, Genosse Otto Weiss, mit dem Reichsminister des Innern über die Erledigung unseres Antrages zum Reichsentscheid persönlich Rücksprache. In der ihm gemachten Erklärung des Reichsinnenministers wurde bestätigt, was die sozialdemokratische Partei auf Grund der ersten Unterredungen bereits vor mehreren Tagen zu melden wollte: „Das Reichskabinett wird in seiner nächsten Sitzung auf Antrag des Reichsinnenministers beschließen, dem Volksbegehren in der Zeit vom 4. bis zum 17. März stattzugeben.“ Wäre der sozialdemokratische Parteivorstand so zaghaft gewesen wie die SPD, und hätte er ebenfalls erst am Sonnabend die erforderlichen Schritte bei der Regierung unternommen, dann stände der Termin zum Volksbegehren heute noch nicht fest.

Die Kommunisten sind also, wie immer, mit ihrer Aktion wieder einmal zu spät gekommen. Wenn sie trotzdem das Bedürfnis hatten, sich als die wahren Volksvertreter zu preisen und eine längst erledigte Selbstverständlichkeit zu einer großen Tat zu erheben, dann zeigt das, wie dürftig es um sie bestellt sein muß.

Politischer Fasching in Bayern

Aus München wird uns geschrieben:
Die Regierung Held besteht seit Juni 1924 und allem Anschein nach wird sie die längste Lebensdauer aller seit der Revolution bestandenen Regierungen erweisen. Daran könnte der Schluß gezogen werden, als sei es Herr Held gelungen, die von Kahr als „Ordnungszelle“ proklamierte Gemeinrepublik der Monarchisten, vaterländischen und völkischen Umstürzler zu einem Staatsgebilde umzuwandeln, in dem „jeder anständige Mensch seines Lebens sicher ist“. Allerdings, die Gefahr wegen einer der Sitzereichen nicht genehmten Reformen oder wegen schwarzen Scherenschnitts auf der Straße attackiert zu werden, ist nicht mehr so bedrohend wie früher, aber am Wesen der bayerischen Politik hat sich damit nur eine äußerliche Wandlung vollzogen. Der Zusammenbruch der völkischen Bewegung, aus dem Verlangen ihrer Geldquellen erwachsen, erleichterte Herr Held vermittelte der ihm eigentümlichen politischen Equilibristik — Gleichgewichtskunst —, Reichsfreundschaft mit dem Partikularismus, die Aufgaben des höchsten Beamten einer Republik mit der Begünstigung monarchischer Umsturzbestrebungen zu vereinen und damit in den Augen seiner apolitischen Südbayerischen Kerngruppen als ein „Staatsmann“ zu erscheinen. Nur wer in den veralteten Kunststücken der wilhelminischen Diplomatie das Merkmal des Staatsmannes erkennt, kann ihm dies Prädikat erteilen; ein Pläd auf seine letzten Staatsreden erleichtert diese Beurteilung. Seit mehr als zehn Jahren wird im Landtag über die zur finanziellen Gesundung des bayerischen Staates unerlässliche

Radikalisierung eines Mittelbäuerlichen Kastens aus der Kurzeit, hat sich zum Direktionsmitglied des „Bundes der Bayernreuen“ emporgeredet und verdrängt die seinen geschäftsführenden Vorstellungen der Entwicklung des Mittelbäuerlichen (1) Staates, „für seinen König leben und sterben zu wollen“. Der Eisenermörder, der nationale Held des Schenkgases, ist zum „Chefredakteur“ des „Vaterlandes“, Signalischen Angebots, herabgesunken und verliert in diesen Wurzelschichten für die Restauration der Mittelbäuerlichen Stimmung zu machen. Dem farnevalistischen Treiben dieser „Politiker“ entspricht es, daß nicht nur sie selbst die handgreiflichen Putschabsichten der Monarchisten im Herbst vorigen Jahres ableignen, sondern auch die Führer der bayerischen Volkspartei sie als „böswillige Erfindungen“ und „Phantastereien“ hinstellen. Dabei erscheint es uns unverständlich, warum der Ministerpräsident sich von monarchistischen Säupflingen, darunter dem „Sofmarkhall“ Rupprecht, Graf Soden, über die Frage interpellieren ließ, wie sich die Regierung zu einem monarchistischen Putsch stellen würde. Wären kommunistische Führer mit einer ähnlichen Anfrage an ihn herangetreten, so würden sie die Treppe zu seinem Amtszimmer schneller hinunter als hinauf, oder noch wahrscheinlicher in Gewahrnam gekommen sein!

Indessen sorgen nicht nur die Biertricks des bayerischen Monarchismus und die Regierung selbst für farnevalistischen Stoff, auch sonst bemühen sich andere Faktoren um die Befriedigung des nie verlassenden Unterhaltungsbedürfnisses. Hier wäre die Stütze der bestehenden Koalition, der Bayerische Bauernbund, in erster Linie zu nennen. Dieses einzigartige politische Gebilde ist republikanisch-demokratisch-revolutionär-reichstremdblich-partikularistisch. Bald droht es die Koalition zu sprengen und den Deutschnationalen Platz zu machen, bald offenbart es sich als der schwache Balken für den Fortbestand der bayerischen Schankpolitik. In der Tagesfraktion sind fast so viele „Achtungen“ vertreten, als die Mitgliederzahl beträgt. Da ist der Abgeordnete Gaudorf, einst für Eisner der Repräsentant der bayerischen Demokratie, der um ein Haar dem Rachen der Kaiserrepublik verfallen wäre, neuerdings aber im sozialistisch schillernden Radikalismus arbeitet. Er sprach sich für die Aufstellung des Großgrundbesitzes und die Enteignung des Grundbesitzes der Reichreichen aus, was seinem Parteigenossen, den Landwirtschaftsminister Professor Fecht, zu der Erklärung veranlaßte, daß er mit der Aufstellung des Eigentums nichts zu tun haben wolle. Mit solchen Fritschelkähnen halten diese Leute das Interesse an der bayerischen „Demokratie“ Südbayerns wach.

Auch wird der Sinn für den Parlamentarismus durch die völkischen Abgeordneten in eigenartiger Weise angegriffen. Einer dieser — mit Respekt zu nennen — Volksvertreter entschloß sich nicht, von der Landtagstribüne zu erklären: „Ich würde es verüben, wenn ein ausgewählener Elch-Vollinger Streifenmann über den Haufen Schiechen würde“. Das war nicht etwa eine Entgleisung, sondern der

Vereinfachung der Staatsverwaltung geredet. Die Regierung Hoffmann hatte, acht Tage vor ihrer gewaltigen Beilegung, eine entsprechende Vorlage ausgearbeitet, ihre Nachfolger haben es verstanden, den Landtag mit Rippenbefehlmissen zu düpiieren und auch Herr Held betrieb dieses Spiel mit lebenswichtigen „Belangen“ des bayerischen Staates in den letzten Tagen weiter. Genosse Endres hatte als Minister des Innern in einem ausführlichen Exposé die Pläne zur Vereinfachung der Staatsverwaltung vorgezeichnet, unsere Fraktion hat mehrfach versucht, den ersten Schritt dazu, die Vereinfachung des Ministeriums des Innern zu unternehmen — alles was möglich ist. Herr Held und seine Partei wollen selbständige Außenpolitik treiben und dazu braucht man ein Ministerium. Denn es gehört zu den Lebensbedingungen der bayerischen Regierungen seit dem März 1920, in dem gutgläubigen Volke die Fiktion zu erhalten, als könne Bayern eine politische und wirtschaftliche Selbstständigkeit erringen, wenn die ??? Freuen nicht existierten. Mit solchen Falschingschwänzen hilft sich die bayerische Politik über die dringendsten Erfordernisse und über die Räder der Zeit hinweg.
Im Dienste solcher Politik bewegen sich neuerdings monarchistische Königsbinder, wie der Freiherr v. Armin und der Eisnermörder Graf Arco; ersterer, der